

Pressemitteilung, 25.11.2019

Milliardenkosten für bessere Kläranlagen: bis zu 20 Prozent höhere Abwassergebühren

Berlin.- Die Pharmaindustrie will sich nicht an milliardenschweren Kosten zur Reduzierung von Arzneimittelrückständen in deutschen Gewässern beteiligen. Dies sei "eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe", teilte der Bundesverband der Arzneimittel-Hersteller mit. Es sei kaum möglich, Wirkstoffe für gut verträgliche Arzneimittel zu entwickeln, die "auch eine optimale Umweltverträglichkeit aufweisen", heißt es in einem Schreiben an das ZDF. Sowohl Umweltverbände als auch Wasserwirtschaft fordern, dass die Arzneimittelindustrie den Ausbau von Kläranlagen mitfinanzieren solle. **(Darüber berichtet "Frontal 21" am Dienstag, 26. November 2019, 21.00 Uhr.)**

Der Geschäftsführer des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft, Martin Weyand: "Wir müssen endlich dazu übergehen, dass auch diejenigen, die die Umwelt verschmutzen, auch die Kosten dafür zahlen." Geschehe dies nicht, könnten die Abwassergebühren drastisch teurer werden. "Wir rechnen damit, dass sie um 15 bis 20 Prozent steigen." Paul Kröfges vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland: "Wir haben es bisher mit einer strikten Verweigerungshaltung der Industrie zu tun." Sie sei weder bereit, umweltverträglichere Ersatzwirkstoffe herzustellen, noch sich an den höheren Kosten zu beteiligen.

Deutschen Umweltbehörden bereiten die Rückstände von Medikamentenresten besonders große Sorgen. Die Mengen seien konstant, aber es würden immer mehr Wirkstoffe gefunden, berichtet beispielsweise das Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen. Es geht um Schmerzmittel, Röntgenkontrastmittel oder auch Antibiotika. Sie belasten Ökosysteme oder erhöhen das Risiko von Resistenzbildungen bei für Menschen gefährlichen Keimen.

Die Bundesregierung hat deshalb vor drei Jahren die sogenannte "Spurenstoffstrategie des Bundes" ins Leben gerufen. Doch im Expertengremium ist in Fragen nach der Herstellerverantwortung keine Lösung in Sicht. Wasserwirtschaft und Umweltverbände schlagen vor, Deutschlands große Kläranlagen nachzurüsten. Das könnte verschiedenen Studien zufolge rund 36 Milliarden Euro bis zum Jahr 2045 kosten. Sollten sich Chemie- und Pharmaindustrie nicht freiwillig beteiligen, müsse der Gesetzgeber sie dazu verpflichten, fordern BUND und Wasserwirtschaftsverband. Ansonsten würden zusätzliche Belastungen für die Gebührenzahler unvermeidlich.

<https://frontal21.zdf.de>

<https://twitter.com/Frontal21>

<https://facebook.com/Frontal21>

Berlin, 25. November 2019